



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Motion von Patrick Schäfli, SVP: Standesinitiative - Keine automatische Gewährung des Doppelbürgerrechts mehr: Einführung eines Optionsmodells gefordert!

Autor/in: [Patrick Schäfli](#)

Mitunterzeichnet von: Brunner, Epple, Hartmann, Hess, Kämpfer, Klauser, Ringgenberg, Schafroth Hans Rudolf, Spiess, Straumann, Thüring, Trüssel, Weibel, Wenger und Wunderer

Eingereicht am: 29. Januar 2015

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Seit 1992 wird in der Schweiz bei jeder Einbürgerung einer ausländischen Person automatisch das ausländische Bürgerrecht beibehalten. Dies ganz im Gegensatz zur Praxis in vielen Ländern der Welt (z. B. Deutschland). Da in der Schweiz mit dem Bürgerrecht weltweit einzigartig eine Vielzahl von direkten Mitbestimmungsrechten verbunden ist, scheint mir dieser Automatismus nicht mehr zeitgemäss. Mehrstaatlichkeit führt heute zu Rechtsunsicherheiten und Rechtsproblemen. Weiter werden mit der Doppelbürgerschaft die Loyalität zur Schweiz und die Integration unterlaufen. Integration setzt voraus, dass man sich mit dem Staat des neuen Bürgerrechts vollständig identifizieren kann und nicht nach Belieben die Loyalität einmal zur Schweiz, dann wieder zum Ursprungsstaat wechseln kann. Zudem ist der diplomatische und konsularische Schutz zu Schweizer Bürgern, welche noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, im Ausland eingeschränkt.

Wenn eine Einbürgerung in der Schweiz gewünscht wird, dann darf von diesen Personen doch erwartet werden, dass sie sich auf dieses Bürgerrecht konzentrieren und nicht weitere Optionen nach Belieben ausüben können.

Weiter gibt das Doppelbürgerrecht diverse Möglichkeiten zum Missbrauch bei den Sozialwerken, der infolge mangelnder Informationen nur schwer unterbunden werden kann. Wer um ein Bürgerrecht ersucht, soll sich daher zu EINER Staatsbürgerschaft

bekennen, wie dies in vielen Ländern üblich ist. Nur so ist gewährleistet, dass die eingebürgerten Personen sich auch bewusst für die Schweiz entscheiden und nicht weitere Optionen nach Belieben in der Hinterhand halten können. Die heutige zwei-Klassen Gesellschaft soll eliminiert werden und so die Integration der neu eingebürgerten Personen gefördert werden.

Die Baselbieter Regierung ist daher eingeladen, eine entsprechende Standesinitiative beim Bund einzureichen, welche die automatische Doppelbürgerschaft abschafft und durch ein Optionsmodell ersetzt.

Der Regierungsrat wird daher eingeladen, beim Bund eine Standesinitiative mit folgendem Inhalt einzureichen:

Das Bürgerrechtsgesetz ist dahingehend zu ändern, dass die heute (seit 1992) geltende automatisch gewährte Doppelbürgerschaft bei neu eingebürgerten Personen in der Schweiz aufgehoben und durch ein Optionsmodell ersetzt wird. Bei Erteilung des Schweizer Bürgerrechts müssen sich die betreffenden Personen künftig für EINE Staatsangehörigkeit entscheiden. Die doppelte Staatsbürgerschaft soll nur noch im Sinne einer Ausnahme möglich sein, wenn die Aufgabe des bisherigen Bürgerrechts nicht möglich ist oder aus schwerwiegenden rechtlichen Gründen unzumutbar erscheint. Die Ausnahmen sind im Gesetz zu regeln.